

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 66 846-48 ppbn d



## Inhalt

33. Jahrgang / 68

10. April 1978

Adolf Müller Emmert MdB  
spricht sich im Zu-  
sammenhang mit der Fuß-  
ball-WM für "humane  
Einflußnahme" aus.

Seite 1/2

Ludwig Fellermaier MdB  
sieht in der Europäi-  
schen Direktwahl die  
Chance zu mehr Demokra-  
tie.

Seite 3

Lothar Löffler MdB  
warnt vor einem überzo-  
genen Anspruchsdenken  
gegenüber dem Staat,  
wendet sich jedoch  
gleichzeitig gegen ra-  
dikale Sparmaßnahmen.

Seite 4/5

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

Rüttelt Argentinien die Funktionäre wach ?

Kein Boykott - aber intensive Diskussionen zur WM 78

Von Dr. Adolf Müller-Emmert MdB

Mitglied des Sportausschusses des Deutschen Bundestages

Es ist eigentlich logisch, daß das weltweit geschärfte Bewußtsein für die Menschenrechte vor einem der größten gesellschaftlichen Faktoren, dem Sport, nicht Halt macht. Für die SPD kommt im Hinblick auf ihre mehr als 100jährige sportpolitische Tradition eine solche Entwicklung nicht überraschend. Vor allem auch deshalb, weil Sozialdemokraten stets an der Spitze stehen, wenn es um Demokratie und Freizügigkeit im internationalen Sport geht. Dies gilt für die Fußball-Weltmeisterschaft 1978 in Argentinien ebenso wie für die Olympischen Spiele 1980 in Moskau und der estnischen Hauptstadt Tallinn.

Die SPD lehnt es ab, den Sport im internationalen Bereich als eine Art politisch-ideologische Speerspitze einsetzen zu wollen. Vielmehr sollten die positiven Möglichkeiten des Sports - mit seinen unverzichtbaren Werten von Toleranz und Fairness - in den weltumspannenden Sportbeziehungen auch für die humane Einflußnahme auf die Fußball-Weltmeisterschaft 1978 genutzt werden. So ist es nicht nur das legitime Recht, sondern die Pflicht von Amnesty International, ihrer Aufgabe als Menschenrechtsorganisation im Zeichen der "Universalität der Menschenrechte" weltweit gerecht zu werden. Deshalb ist diese Passage aus dem Brief von Amnesty International an die deutschen Spieler des Weltmeisterschaftsaufgebotes besonders wichtig, um Mißverständnissen vorzubeugen: "Amnesty International ruft nicht zum Boykott der Fußball-Weltmeisterschaft auf. Wohl aber soll das starke öffentliche Interesse an Argentinien genutzt werden, um durch breit gestreute Informationen über die Verfolgung

Andersdenkender diesen unterdrückten Menschen zu helfen."

Die bisher bekannten Äußerungen von Spielern des deutschen WM-Aufgebotes sind teilweise äußerst interessant und positiv - vielleicht beispielhaft für manchen von der Argentinien-Diskussion Überraschten-Funktionär.

Zusätzlich bemerkenswert: Die grundsätzliche Übereinstimmung zwischen Spielern wie Sepp Maier und Paul Breitner in der Bewertung der Aktionen von Amnesty International.

Wer den "Stern"-Beitrag von Paul Breitner unvoreingenommen liest, kann, von einzelnen Überzeichnungen abgesehen, seiner Auffassung in der Grundtendenz durchaus zustimmen. So deckt sich z.B. diese Aussage von Breitner mit der Sozialdemokratischen Sportpolitik: "Wer den Boykott fordert, muß konsequent bleiben und die Einstellung nahezu des gesamten internationalen Sportverkehrs verlangen, denn zwischen dem Verhalten der Militärdiktatur in Argentinien und den Verletzungen der Menschenrechte im Ostblock oder anderswo sehe ich keinen Unterschied. Für mich ist Boykott eine Vokabel aus der Politik. Im Sport hat dieses Wort nichts zu suchen. Das muß aber noch lange nicht bedeuten, daß Sportler politische Eunuchen sein sollten."

So ist es denn auch zumindest der Registrierung wert, daß sich bisher weder die DDR noch die UdSSR zur internationalen Argentinien-Diskussion geäußert haben. Dies kann sicherlich nicht nur daran liegen, daß sich die Auswahlmannschaften beider Länder nicht für das WM-Turnier in Argentinien qualifizieren konnten. Immerhin nehmen aber mit Polen und Ungarn zwei Mannschaften aus europäischen Ländern teil, die kommunistisch regiert werden. (-/10.4.1978/ks/lo)

+ + +

### Anspruchsmentalität im Spannungsverhältnis mit den Realitäten

---

Eine Rechnung, die nicht aufgehen kann: Mehr staatliche Leistungen und größere öffentliche Sparsamkeit

Von Lothar Löffler MdB

Obmann des Haushaltsausschusses der SPD-Bundestagsfraktion

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein reiches Land. Wir haben unseren Reichtum dafür benutzt, einen sozialen Konsensus zu schaffen, der trotz einiger Belastungen in der letzten Zeit unverändert hält. Unsere Stellung in der Welt entspricht unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, die außerhalb unseres Landes sogar höher eingeschätzt wird, als sie tatsächlich ist.

Aber wir sind kein Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Unsere finanzielle Lage ist so, daß nicht mehr alle Wünsche und Forderungen erfüllt werden können. In den Jahren der gut gefüllten Staatskassen hat sich eine Anspruchsmentalität entwickelt, die heute den Blick für die finanziellen Realitäten trübt. Das ist auch offensichtlich bei der Opposition der Fall, die eine Finanzpolitik der Widersprüche als Alternative anbietet. Im gleichen Atemzug fordert sie, die Nettokreditaufnahme des Bundes (1978: ca. 31 Milliarden DM) auf ein "normales" Maß zurückzuführen und die Steuern drastisch zu senken. Das paßt nicht zusammen. Häufig werden diese widersprüchlichen Forderungen der Opposition von Gruppen unserer Gesellschaft übernommen und noch mit zusätzlichen Forderungen angereichert, wodurch der Widerspruch vollends perfekt wird.

Da soll die Straße von X nach Y nun aber endlich ausgebaut werden; keineswegs dürfe die Güterabfertigung der Bundesbahn in Z aufgegeben werden; der Bund solle die Industrie in einer bestimmten Region oder Branche stärker unterstützen. - Dieser Widerspruch läßt sich nicht einmal durch radikale Sparsamkeit auflösen. Doch versuchen wir es einmal!

Das Zurückführen der jährlichen Nettokreditaufnahme auf das, was man sich als "normal" vorstellt, bedeutet, daß ca. 20 Milliarden DM weniger in der Bundeskasse vorhanden sind. Rechnet man die geforderten Steuersenkungen mit nur fünf Milliarden DM hinzu, kommt man auf einen Betrag von 25 Milliarden DM, der eingespart werden müßte. - Der diesjährige Haushalt sieht Ausgaben in Höhe von 188,6 Milliarden DM vor, aufgegliedert in folgende vier Blöcke: Soziale Sicherheit 67,2 Milliarden DM, Sicherung der Zukunft 33,1 Milliarden DM, Sicherung und Ausbau der gegenwärtigen Struktur 47,5 Milliarden DM und äußere Sicherheit und Friedenspolitik 40,8 Milliarden DM. Wo kann man nun den Rotstift ansetzen, nach dem häufig gerufen wird - in der Erwartung, daß er die Zahlen nicht berührt, die den eigenen Bereich betreffen?

Fangen wir mit dem teuersten Kostgänger des Bundes an, mit der Bundesbahn. Sie soll 1979 einen Zuschuß von 13,4 Milliarden DM erhalten. Streichen wir vier Milliarden DM weg. Die Folge davon wäre, daß die Bundesbahn radikal und schnell rationalisieren müßte auf Kosten ihrer Kunden und Bediensteten und die Tarife kräftig erhöht würden. Wer will das?

Oder setzen wir die Anpassung der Kriegsopferversorgung aus. Das brächte eine Einsparung von mehreren hundert Millionen DM. Allerdings träfe es eine Gruppe, die den Wahnsinn unserer Geschichte bis an ihr Lebensende täglich spüren muß.

Man könnte auch die Förderung der Vermögensbildung durch staatliche Sparprämien für das Geldsparen abschaffen. Das brächte rund zwei Milliarden DM und würde das ge-

gesellschaftliche Problem der unausgewogenen Vermögensverteilung vergrößern.

Streichen wir den Bauern die Gasölbeihilfe in Höhe von 570 Millionen DM! Damit verschlechtern wir die Einkommenslage gerade in jenen Betrieben, die schon heute nicht allzu viel abwerfen, und wir jagen zwangsläufig die Preise für landwirtschaftliche Produkte nach oben.

Denkbar wäre auch, daß die Bezüge der Beamten und Pensionäre nicht erhöht würden. Allein der Bund würde dabei mehr als zwei Milliarden DM sparen. Aber ist das zumutbar und vertretbar in einer Zeit, in der die Ansprüche an die Angehörigen des öffentlichen Dienstes wachsen?

Oder nehmen wir uns einen anderen Posten vor: die Reeder- und Werfthilfen, z.B. Neubaufhilfen für Handelsschiffe, in Höhe von 546 Millionen DM. Die Folge wäre, daß die deutschen Werften den internationalen Konkurrenzkampf nicht mehr bestehen könnten und viele ihre Pforten schließen müßten. Die Arbeiter wären dem ungewissen Schicksal der Arbeitslosigkeit ausgesetzt.

Die Gemeinschaftsausgaben, sowieso nicht sehr beliebt, könnte man ersatzlos streichen. Drei Milliarden DM sparte der Bund dabei, und die Länder, besonders die finanzschwachen, blieben in ihrer Entwicklung zurück, und aus wäre es mit dem Grundgesetz-Auftrag über die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse.

Sollten wir "Bafög" (Bundesausbildungsförderungsgesetz) streichen? Macht zwei Milliarden DM und wirft uns hinsichtlich der Gleichheit der Bildungschancen um Jahrzehnte zurück.

Diese Beispiele könnten beliebig fortgesetzt werden. Bisher hätten wir erst mehr als die Hälfte des Betrages von 25 Milliarden DM eingespart, aber eine Fülle von Sprengstoff angesammelt, von dem wir nicht wissen, wie unsere Gesellschaft aussehen wird, wenn er hochgeht.

Theoretisch kann überall gespart werden - in jeder gewünschten Milliardenhöhe. Nur muß darauf geachtet werden, daß sich nach solch einer von vielen gewünschten Roßkur der Patient nicht schlechter befindet als vorher. Man kann eine gesellschaftliche Ordnung durch übertriebene Forderungen kaputt machen, aber auch durch unangebrachte Sparsamkeit. Schaut man sich einige Äußerungen zur gegenwärtigen Finanzpolitik an, möchte man meinen, es gibt Leute, die gleich beide Methoden anwenden wollen.

Fast auf jeder Verbandstagung gewinnt man z.B. diesen Eindruck. Der Ruf nach weniger Staat und weniger Steuern gekoppelt mit dem Ruf nach mehr staatlichen Leistungen fördert eine gefährliche Variante des Anspruchsdenkens.

Dennoch ist es richtig: Ohne Einsparungen wird es keine Konsolidierung des Haushaltes geben. Sie sind schon deshalb nötig, weil Mittel für notwendige neue Maßnahmen freigesetzt werden müssen. Eine noch stärkere Verschuldung ist wegen der Zinszahlungen in künftigen Jahren nicht vertretbar. Neue Ausgaben-Tatbestände müssen alte verdrängen. Am besten wäre es, der Fordernde lieferte den Deckungsvorschlag gleich mit.

Bei den notwendigen Einsparungen ist darauf zu achten, daß nicht diejenigen die Last zu tragen haben, die eh schon benachteiligt sind. Strukturelle Ungereimtheiten im Leistungsbereich hingegen sind zu beseitigen. Weiterhin muß darauf geachtet werden, daß sich der Staat nicht aus Bereichen zurückzieht, die ohne seine Hilfe gegenwärtig nicht bestehen könnten und deren Wegfall hohe soziale Kosten erfordern würde. In den nächsten Monaten kommt es darauf an, daß staatliche Stellen und die Gruppen in unserer Gesellschaft ihr Handeln danach ausrichten, wie am besten gespart werden kann, um den Kern des Erreichten zu sichern. Auf keinen Fall kann nach dem bitteren Wort verfahren werden, daß Anthony Eden geprägt hat: Jeder erwartet vom Staat Sparsamkeit im allgemeinen und Freigiebigkeit im besonderen.

(-/10.4.1978/ks/lo)